

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Keine Große Koalition.

Dr. Koch gibt den Auftrag zurück. — Die Beschlüsse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gibt über ihre Entscheidung folgende Darstellung:

In der Besprechung, die die Beauftragten der Fraktionen der Sozialdemokratischen Partei, der Demokratischen Partei, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei über den Programmwurf des Abgeordneten Dr. Koch am Dienstag, den 15. Dezember, hatten, war von den Führern der Sozialdemokratischen Partei verlangt worden, daß sie die durch den Brief der Fraktion an den Reichspräsidenten zur Klarstellung aufgeworfenen Fragen genauer präzisieren möchten, insbesondere angeben sollten, welche Mindestforderungen sie in den strittigen Punkten erheben würden.

Die sozialdemokratische Fraktion hat dann in der Besprechung der Parteiführer am Mittwoch, den 16. Dezember, in folgenden fünf Punkten genaue Formulierungen zu dem Programmwurf unterbreitet:

1. Reichsgerichtliche Regelung der Fürstenabfindung mit rückwirkender Kraft auf Grund des demokratischen Antrags.

2. Ratifizierung des Washingtoner Abkommens bei gleichzeitiger Inkraftsetzung in Frankreich und Belgien.

Schleunige Verabschiedung eines Arbeitszeitgesetzes unter Wiederherstellung des achtstündigen Normalarbeitslages.

3. Erfüllung des Artikels 163 der Reichsverfassung durch partiellen Ausbau der Handels-, Handwerker- und Landwirtschaftskammern, sowie bei der Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrats.

4. Als zur schnellen Verabschiedung eines Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung.

Weitere Erhöhung der Unterstützungssätze. Obligatorische Kurzarbeiterunterstützung. Aufhebung der Bestimmung über die Begrenzung der Unterstützungsdauer und Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung. Ausdehnung der Erwerbslosenfürsorge auf alle Angehörigen, die Landarbeiter und die Hausangestellten. Besondere Unterstützungsmöglichkeiten für die Ausgesteuerten und die bisher von der Unterstützung nicht Erhaltenen.

5. Bei Ermäßigung von Steuern: Vorrang der Hauszinssteuer, der Lohn- und Umsatzsteuer vor den Besitzsteuern.

Verwendung der Ertragsteuern aus der Mietszinssteuer für den Wohnungsbau.

Offenlegung der Steuerlisten.

Im Anschluß hierzu wurde bemerkt: Wir zweifeln nicht daran, daß sich über die übrigen Forderungen eine Verständigung erzielen läßt, wenn in den vorstehend aufgeführten Punkten die Formulierung der sozialdemokratischen Fraktion akzeptiert wird.

Da der nach der Mittwochssitzung geänderte Programmwurf des Abgeordneten Dr. Koch die oben wiedergegebenen sozialdemokratischen Mindestforderungen nicht enthielt und das Verhalten der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei nicht gerade den Anschein erweckte, als ob diese es mit der Großen Koalition ernst meinten, nahm die sozialdemokratische Fraktion in ihrer Sitzung vom 17. Dezember folgende Entschliebung an:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt an, daß der Abgeordnete Koch, dessen republikanische und demokratische Zuvorkommenheit außer Zweifel steht, sich auf das eifrigste bemüht hat, für eine Regierung der Großen Koalition eine Basis zu finden, die für die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei annehmbar ist. Die Fraktion muß jedoch feststellen, daß durch das mangelnde Entgegenkommen der Deutschen Volkspartei besonders in den sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in diesem Winter überaus dringend sind, diesen Bemühungen kein Erfolg beschieden war. Selbst zu dem Programm des Abgeordneten Koch hat die Deutsche Volkspartei keine klare Stellungnahme vermieden. Die Fraktion kann in der Formulierung, die ihr auf Grund der Besprechungen der Parteien neuerdings vorgelegt wurde, eine geeignete Grundlage für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition nicht erblicken.“

Am Donnerstag vormittag 10 Uhr versammelten sich die Führer der fünf Parteien erneut, um das Ergebnis der Fraktionsbeschlüsse mitzuteilen. Bei der Uebergabe des oben mitgeteilten Beschlusses der sozialdemokratischen Fraktion wurde erklärend bemerkt, daß für die Fassung des Beschlusses die Art mitbestimmend war, in der die Fraktion der Deutschen Volkspartei auch gestern abend noch nach den Mitteilungen des Vereins der Zeitungsverleger sich einer klaren Stellungnahme zu dem geänderten Kochschen Programmwurf entzogen habe. Herr Scholz legte gegen diese Erklärung Verwahrung ein und behauptete, daß die Mitteilung des Vereins der Zeitungsverleger in jeder Beziehung falsch gewesen sei. Die Fraktion habe sich vertagt, um dann zwischen 9 und 11 Uhr die Beratung fortzusetzen. (Anmerkung: Dieses soll allerdings im Reichstagsklub der Deutschen Volkspartei auf einem Bierabend bei belegten Broten geschehen sein.) Im

übrigen forderte Herr Scholz das Zeugnis der übrigen Parteien dafür heraus, daß das Verhalten seiner Partei in den letzten Tagen ein genügender Beweis für den Ernst der Absichten, die Große Koalition zustande zu bringen, gewesen sei. Eine Diskussion hierüber wurde von den anderen Parteien nicht beliebt.

Abgeordneter Reichl erklärte für seine Partei formal die Zustimmung in den wesentlichen Punkten, seine Fraktion sei jedoch der Auffassung gewesen, daß eine Einigung auf Grund des Programmwurfs nicht zustande kommen würde. Die Abgeordneten Marx und Erkelenz teilten mit, daß sich die Fraktionen des Zentrums und der Demokratischen Partei auf den Boden der Richtlinien des Abgeordneten Koch gestellt hätten.

Der Abgeordnete Dr. Koch wird nun dem Reichspräsidenten von dem Scheitern seiner Bemühungen um die Bildung der Großen Koalition Mitteilung machen. Ueber andere Parteikombinationen zur Bildung einer Reichsregierung wurde in dieser Sitzung nicht verhandelt.

Koch gibt den Auftrag zurück.

Reichsminister a. D. Koch berichtete heute vormittag 11 Uhr dem Herrn Reichspräsidenten über seine Verhandlungen, aus denen sich ergeben habe, daß die große Koalition zurzeit nicht möglich sei, und gab deshalb dem Reichspräsidenten den ihm erteilten Auftrag zur Kabinettsbildung wieder zurück.

Der Reichspräsident dankte dem Abgeordneten Koch für seine mühsame Arbeit, die, wenn sie auch kein positives Ergebnis hatte, doch wesentlich zur Klärung der politischen Lage beigetragen habe.

Die Richtlinien des Abg. Koch.

Die Richtlinien des Abg. Koch, die die Grundlage der Parteiführerbesprechungen der letzten Tage bildeten, haben folgenden Wortlaut:

Bei der Abfassung der nachstehenden Richtlinien ist davon ausgegangen, daß eine Mehrheitsregierung für Deutschland eine unumstößliche Notwendigkeit ist, wenn es gelingen soll, die Auswärtige Politik in den bisherigen Bahnen erfolgreich weiter zu führen und Deutschland über die wirtschaftlichen Räte der kommenden Zeit hinwegzuhelfen. Eine

Mehrheitsregierung ist aber ohne weitgehendere Kompromisse unmöglich. Manche der folgenden Sätze mögen bedenklich oder unzureichend erscheinen, unerträglich sind sie nicht. Sie sind erträglich als das Experimentieren mit einer Minderheitsregierung. Die Zusammenlegung des Kabinetts muß dafür bürgen, daß die Richtlinien in einer mittleren Linie durchgeführt werden. In derselben Linie wird auch an die Bearbeitung derjenigen Fragen heranzugehen sein, die noch zu wenig geklärt sind, um hier aufgenommen zu sein.

1. Sicherung und Festigung der Verfassung und der Republik. Kampf gegen alle verfassungsfeindlichen Elemente. (Anmerkung: Es ist selbstverständlich nicht daran gedacht, Anträge auf Abänderung einzelner Bestimmungen der Verfassung als unzulässig hinzustellen, wie solche Anträge auch bisher bereits häufig von allen Parteien gestellt worden sind und vermutlich auch gestellt werden. Auch ist nicht daran gedacht, in die verfassungsmäßig gewährte Meinungsäußerung in irgendeiner Weise einzugreifen. Von den Beamten muß die Vertretung und Verteidigung der Verfassung verlangt werden.)

2. Fortsetzung der Außenpolitik des Kabinetts Cather zwecks europäischer Verständigung und zwecks Herbeiführung der Gleichberechtigung und Freiheit Deutschlands. Rüstungsbeschränkungen aller Staaten Europas.

3. Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, auch wo es sich um Deutsche handelt. Vertiefung der Beziehungen zu den deutschen Minderheiten im Auslande.

4. Befreiung des deutschen Bodens von fremder Besetzung. Beschleunigung der Abstimung im Saargebiet. Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Gebiete der Luftschifffahrt.

5. Eintritt in den Völkerbund, entsprechend den Erklärungen der Regierung bisher. Annäherung der europäischen Staaten, um Europa seine wirtschaftliche, kulturelle und politische Stellung zu erhalten.

6. Herbeiführung des europäischen Wirtschaftslebens. Verständigung zwischen den europäischen Völkern über Produktion und Absatz. Verfolgung einer entschiedenen Handelsvertragspolitik. Beteiligung an einer Weltwirtschaftskonferenz.

7. Förderung einer freien und gesunden Erwerbs- und Wettbewerbswirtschaft in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft. Bekämpfung einer Vornachstellung der Kartelle. Förderung der Umstellung der Wirtschaft zu höherer Wirtschaftlichkeit durch Handhandarbeiten von Regierung und Wirtschaftstreibern. Zieldienste Kreditpolitik zur Durchführung der Maßnahmen dieser Ziffer.

Die Berliner Notstandsaktion.

Deckung der Ausgaben vom Haushaltsausschuß einstimmig beschlossen.

Heute vormittag fand eine sehr lange und eingehende Beratung der Vorschläge des Magistrats für die Beschaffung neuer Mittel im städtischen Haushalt statt. Bekanntlich sind abgesehen von dem bereits vorhandenen Defizit im Laufe des Haushaltsjahres durch die städtische Notstandsaktion zur Unterstützung der Erwerbslosen neue Mittel notwendig geworden. Der Rämmerer gab eine ganz eingehende Darstellung der Entwicklung der Steuerverhältnisse der städtischen Kredite der Finanzen oder städtischen Gesellschaften usw. Es herrschte allgemeine Uebereinstimmung darüber, daß für die Beschaffung der Mittel zur Unterstützung der Erwerbslosen noch heute in der Stadtverordnetenversammlung Beschlüsse gefaßt werden müssen. Unabhängig von der Frage, wie im nächsten Quartal das Gesamtdefizit des Haushalts auszugleichen ist, hat man sich schließlich nach längerer Beratung dahin geeinigt, der Stadtverordnetenversammlung heute folgende Beschlüsse zu empfehlen:

„Die Versammlung billigt die Vorfage des Magistrats über die Notstandsaktion und die damit verbundenen Ausgaben. (Zu erster Linie 10 Millionen Unterstützung für Erwerbslose und Notstandsarbeiten der Tiefbauverwaltung.)

Zur Deckung des dadurch entstehenden Defizits wird die Bruttoabgabe aller städtischen Gesellschaften (Gas, Wasser, Elektrizität und Straßenbahn), die augenblicklich 5 Proz. beträgt, auf 8 Proz. erhöht. Diese Erhöhung tritt vom 1. Januar an in Kraft. Sie wird für das letzte Quartal des Haushalts einen Betrag von schätzungsweise 2,5 Millionen Mark flüssig machen. Eine Erhöhung der Tarife ist zur Durchführung dieses Beschlusses nicht notwendig.

Der städtische Zuschlag zur staatlichen Grundvermögenssteuer wird von 100 auf 150 Proz. erhöht. Formell lautet der Beschluß Erhöhung auf 112,5 Proz., da ein solcher Beschluß für das ganze Etatsjahr gefaßt werden muß. Seine Wirkung ist aber eine Erhöhung des Zuschlages vom 1. Januar ab von 100 auf 150 Proz. Dazu wurde auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossen, daß der Steuerauschuß in der heutigen Versammlung zu wählen ist, und daß er sofort nachzuprüfen hat, ob eine Staffelung der Grundsteuer in einem sozialeren Sinne durchgeführt werden kann.

Die Vorschläge des Magistrats über den Bau der UEB-

Bahn und die Einsetzung von 2 1/2 Millionen in den Etat für den Beginn der Arbeiten werden zurückgestellt. Dafür wird die Verammlung heute eine Dringlichkeitsvorlage des Magistrats vorfinden, in der die Stadtverordnetenversammlung ersucht wird, eine gemischte Deputation für den Bau und Finanzierung der UEB-Bahn einzusetzen. Diese Deputation soll dann eine Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung in allen Einzelheiten vorbereiten.

Die Arbeiten der Konstitutionsverwaltung in Höhe von 6 Millionen Mark mit Unterstützung durch Mittel des Arbeitsministeriums als Notstandsarbeit werden grundsätzlich genehmigt vorbehaltlich der Vorlegung der Einzelprojekte durch Vorlagen an die Versammlung.

Außerdem verabschiedete der Haushaltsausschuß die Magistratsvorlage über die Erhebung von Berufsbeiträgen. Bei der Abstimmung hierüber enthielt sich die deutschnationale Fraktion der Stimme. Die Annahme der Notstandsaktion und der dazu gemachten Deckungsvorschläge (Erhöhung der Bruttoabgabe von 5 auf 8 Proz. und Erhöhung der Grundsteuer) erfolgte einstimmig durch die Vertreter aller Fraktionen.

Nach dem Verlauf der Sitzung kann damit gerechnet werden, daß die Erledigung dieser Vorlagen in der heutigen Stadtverordnetenversammlung statt von statten gehen wird. Wenn auch die städtischen Finanzen nach wie vor in einer schwierigen Lage sein werden, so bedeuten doch die heute gefaßten Beschlüsse eine fühlbare Erleichterung. Im übrigen machte der Rämmerer noch Mitteilung davon, daß die Durchführung der Reichstagsbeschlüsse über einmalige Beihilfen an die Beamten für die städtische Kasse einen Betrag von 1,2 Millionen M. ausmache.

Das Problem der Durchführung des Baues der UEB-Bahn führte zu einer längeren Debatte, in die auch der Oberbürgermeister eingriff. Der Magistrat denkt sich eine Vorkoppelung des Baues der UEB-Bahn mit der Straßenbahn und glaubt, daß eine Erhöhung der Umfahrgtarife (nicht des einfachen Tarifs) von 15 auf 20 Pfennige genügend Mittel flüssig machen wird, den Bau der UEB-Bahn in etwa 2 Jahren zu finanzieren und sicherzustellen. Die Debatte hierüber wurde aber abgebrochen, weil die ganze Angelegenheit einer besonderen Deputation überwiesen wird. Damit ist auch die Entscheidung über die Erhöhung des Straßenbahntarifs vorläufig von der Tagesordnung abgesetzt, denn die Erhöhung der Bruttoabgaben der Werke auf 8 Proz. ihrer Korbentnahmen ist ohne Tarifierhöhung möglich.

8. Intensivierung der Landwirtschaft und Förderung des Viehwirtschaftens unter besonderer Berücksichtigung der Bedrängten.

9. Schaffung eines Gesetzes zur Durchführung einer gerechten und mit dem Staatswohl vereinbarsten Abfindung der ehemaligen Fürsten.

(Anmerkung: Es ist unzulässig, mich in dieser Frage auf Einzelheiten festzusetzen, vielmehr wird man es den Verhandlungen im Rechtsausschuss überlassen müssen, welche Gestalt das Gesetz findet. Dort wird auch die Frage zu erörtern sein, inwieweit, namentlich mit Rücksicht auf elastische schwingende Verhältnisse, Urteile einer Nachprüfung zu unterziehen sind, die vom privatrechtlichen Gesichtspunkt aus gerechtfertigt sein mögen, aber den besonderen historischen und staatsrechtlichen Verhältnissen des Erwerbes — es sei z. B. an den Schmalzfabriker Fall erinnert, in dem wir durch deutsches Blutopfer erworbenes Vermögen einem englischen Prinzen zuweilen, während England die deutschen Privatvermögen beschlagnahmt hat, nicht Rechnung tragen.)

10. Vorlegung eines neuen Schulgesetzentwurfes nach den Grundzügen des Artikels 146 der Reichsverfassung unter Wahrung der in der Verfassung gewährleisteten Gewissensfreiheit und des Elternrechtes.

11. Politische und konfessionelle Gleichberechtigung bei der Kernerbelegung.

12. Schaffung einer Reichshandwerksordnung.

13. Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes, das den Arbeiterschutz, den Frauenschutz und die Sonntagsruhe kodifiziert und die Arbeitszeit im Rahmen des Wahingtoner Abkommens auf der Grundlage des achtstündigen Arbeitstages regelt.

Ratifikation des Washingtoner Zeltabkommens unter der Voraussetzung, daß mindestens Frankreich und Belgien die Ratifikation vollziehen.

(Anmerkung: Nach den Darlegungen des Arbeitsministers Brauns ist zu erwarten, daß er ein Gesetz vorlegen wird, das sich im Rahmen des Washingtoner Abkommens hält, zugleich aber auch die Arbeitszeit in einer Weise regelt, die der Wirtschaft genügende Bewegungsfreiheit gibt, um wettbewerbsfähig zu sein. Darüber hinaus megen des Inhalts dieses Gesetzes heute Festlegungen zu treffen, erscheint unzulässig.)

14. Ein Gesetz im Rahmen des Washingtoner Abkommens geschaffen, so ist es keine innenwirtschaftliche Frage mehr, ob und unter welchen Voraussetzungen das Washingtoner Abkommen ratifiziert wird, sondern eine außenwirtschaftliche. Es wird alles daran gesetzt werden müssen, nicht nur Frankreich und Belgien, sondern auch England für die Ratifikation zu gewinnen. Wirtschaftlich ausgleichend wird aber die Ratifikation Englands nicht sein, da England anerkanntermaßen zurzeit kürzere Arbeitszeit hat als das Washingtoner Abkommen vorsieht und innerhalb der nächsten fünf Jahre, für die das Washingtoner Abkommen noch gilt, nach allem Ermessen auch drüberhalten wird.)

15. Vorlegung eines Gesetzentwurfs auf Grund des Art. 163 der Reichsverfassung.

(Anmerkung: Die Verfassung sieht bereits vor, daß auch den unteren Instanzen paritätische Arbeitnehmervertretungen zu errichten sind. Eine Festlegung darauf, daß die Arbeitnehmervertretungen in die Berufsausschüsse aufgenommen werden, erscheint dagegen bedenklich, da die Schaffung besonderer Vertretungen mit gemeinsamer Dachorganisation zu prüfen ist.)

16. Beschleunigte Verabschiedung des dem Reichswirtschaftsrat bereits vorliegenden Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung. Bis dahin Verapfaltung der Erwerbslosenauszahlung an die wirtschaftliche Not.

(Anmerkung: Eine Festlegung auf bestimmte Sätze oder auf Ausgestaltung der Erwerbslosenunterstützung in ihren Einzelheiten ist vor der Aussprache mit dem künftigen Finanzminister ganz unmöglich. Es wird sicher aber nicht verkannt, daß die jetzige Regelung der Erwerbslosenunterstützung einer Verbesserung bedarf, wenn schwere Erschütterungen vermieden werden sollen.)

17. Verabschiedung des Arbeitsgerichtsgesetzes.

18. Nachprüfung des Steuerwesens des Reiches und aller öffentlichen Körperschaften zur Herbeiführung von Steuererleichterungen unter Aufrechterhaltung eines wohl geordneten öffentlichen Haushaltes. Bei allen Steuerermäßigungen besondere Rücksichtnahme darauf, daß die Lohnsteuer, die Umsatzsteuer und die übrigen indirekten Steuern eines Abbaues in mindestens demselben Maße bedürfen, wie die Besitzsteuer. Verschärfung der Steuerkontrolle und Anwendung aller geeigneten Mittel zur Herbeiführung einer

ehrlichen Steuererklärung. Befestigung von Vereinfachungen der Öffentlichkeit an der Steuerkontrolle. Vereinfachung des Steuerwesens. Ersparnismaßnahmen im öffentlichen Haushalt.

19. Heranziehung von Ueberhörschüssen aus Reichspost und Brauweinmonopol durch Änderung des Reichspostfinanzgesetzes und wirtschaftliche Gestaltung der Reichsmonopolverwaltung. Abgrenzung des Aufgabebereiches zwischen Reich, Ländern und Gemeinden unter weitgehender Berücksichtigung des Gedankens einer gesunden Dezentralisation und Selbstverwaltung. Erhöhte Selbstständigkeit der Länder und Gemeinden in der Deckung ihrer Ausgaben.

20. Begrenzung aller finanziellen Maßnahmen durch die Notwendigkeit, die deutsche Währung zu erhalten.

21. Berufung eines Sachverständigenausschusses zur Begutachtung und Durcharbeitung der vorgeschlagenen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen.

Die Anmerkungen zu einigen Punkten sind auf Grund der Parteiführerbesprechungen dem Entwurf hinzugefügt worden.

Vertagung des Reichstags.

Vom zum 12. Januar.

Der Ältestenausschuss des Reichstags beschloß, den Reichstag heute bis zum 12. Januar zu vertagen.

Das Mißtrauen gegen die Volkspartei.

Die Presse zur sozialdemokratischen Entscheidung.

Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird von der demokratischen und Zentrumspresse mit Entschiedenheit ausgenommen. Die „Vossische Zeitung“ schreibt:

„Die Motive, von denen sich die Sozialdemokraten bei ihrer Ablehnung haben leiten lassen, sind hauptsächlich von dem Mißtrauen gegenüber der Deutschen Volkspartei und auch der Bayerischen Volkspartei diktiert.“

„Es ist tief bedauerlich, daß die Sozialdemokratie in einem entscheidenden Augenblick nicht den Mut gefunden hat, über vielleicht an und für sich berechnete Parteibedenken und sicherlich nicht unbegründetes Mißtrauen hinwegzutreten, was ein Gebot der Notwendigkeit und der staatspolitischen Klugheit war.“

Die „Germania“ erhebt den Vorwurf gegen die Sozialdemokratie, daß sie die Schuld an dem Nichtzustandekommen einer Mehrheitsregierung auf der Grundlage der Großen Koalition trage:

„Die Große Koalition ist gescheitert. Gescheitert, weil Verantwortungsgewissen, gepaart mit doktrinarer Befangenheit, wieder einmal den gesunden Menschenverstand totgeschlagen hat. Die Hauptschuld an dem Scheitern der Verhandlungen trägt die Sozialdemokratie. Sie hat die Verhandlungen, darüber kann die vorsichtige Formulierung nicht hinwegtäuschen, abgebrochen. Nun mag man der Sozialdemokratie manches zugute halten. Die Erfahrungen, die sie mit der ersten Großen Koalition gemacht hat, ein Rest von Bitterkeit über die Sommerpolitik dieses Jahres und schließlich auch die unsichere Haltung der Deutschen Volkspartei. Das alles zugegeben — es entlastet die Sozialdemokratie nicht von dem schweren Vorwurf, die einzige Möglichkeit zur Bildung einer stabilen Regierung zerstreut zu haben.“

Beide Zeitungen können nicht über die Tatsache hinwegsehen, daß von der Deutschen Volkspartei nichts geschehen ist, um das berechnete Mißtrauen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen die Deutsche Volkspartei aus dem Wege zu räumen. Im Gegenteil ist dieses Mißtrauen bis zur letzten Stunde noch bekräftigt worden durch die zweideutige, ausweichende Haltung der Fraktion der Deutschen Volkspartei.

Niemand kann sich dem Eindruck verschließen, daß die Deutsche Volkspartei nicht gewillt ist, die notwendige innere Kursänderung vorzunehmen, fordern daß sie nach wie vor den Gedanken der Rechtsblockpolitik nach dem Muster dieses Sommers als Richtungspolitik festhält. Bei solcher politischen Zielsetzung muß jeder schließen, daß die

Volkspartei die Große Koalition — wenn überhaupt — dann nur als Episode des Uebergangs von der Politik des Rechtsblocks im Jahre 1925 zur Politik des Rechtsblocks im Jahre 1926 wolle.

Die Erfahrungen, die die Sozialdemokratie mit der Volkspartei als Koalitionsgenossen gemacht hat, können nicht ausgestrichen werden — um so mehr nicht, als die Volkspartei sich seither nicht geändert hat. Das Mißtrauen gegen die Volkspartei wurzelt nicht nur tief in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sondern auch in den Reihen der Parteigenossen im Lande. Dieses Mißtrauen war ein realpolitischer Faktor bei der Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion — ihn zu entkräften, hätte es der klarsten, unzweideutigen Stellungnahme der Deutschen Volkspartei, ihrer klaren Abwendung von dem Gedanken der Rechtsblockpolitik bedurft. Diese klare Stellungnahme ist nicht erfolgt — ein starker Beweis mehr für die Berechtigung unseres Mißtrauens.

Die Rechtspresse nimmt im allgemeinen das Scheitern der Großen Koalition mit Zurückhaltung auf. Sie beugnet sich, die falsche Behauptung wiederzugeben, daß die Sozialdemokratie mit neuen Forderungen hervorgetreten sei. Sie wendet ihre Aufmerksamkeit dem zu, was nun kommen wird, und versichert einstimmig: selbstverständlich Luther.

Das Stresemann-Attentat.

Der Oberreichsanwalt veranlaßt das weitere.

Ueber die Verhaftung der beiden Rechtsabwiler, die ein Attentat auf Stresemann planten, erfahren wir weiter: Kaldorff und Lorenz sind bereits am 7. Dezember verhaftet worden. Der Oberreichsanwalt wird wahrscheinlich die Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung wegen Verbrechen gegen § 1 des Gesetzes zum Schutze der Republik beantragen. Dieses Gesetz bestraft nämlich auch schon vorbereitende Handlungen zur Ermordung eines Ministers der deutschen Republik, während das Strafgesetzbuch erst den Mordversuch mit Strafe bedroht, zu dem es aber in diesem Falle noch nicht gekommen war.

Kaldorff hat bei seiner Vernehmung erklärt, daß er im Jahre 1919 in München sich zur Räteregierung gesellen habe und deshalb auch mit 14 Jahren Gefängnis bestraft worden sei. Später sei er, hauptsächlich wohl unter dem Einfluß der Ruhrbelegung, in das andere Extrem übergegangen und sei jetzt ein Anhänger Hitlers.

Der andere Verhaftete Lorenz gibt an, einer politischen Organisation nicht anzugehören, aber im Mai d. J. der Deutschen Nationalen Volkspartei beigetreten zu sein.

Bis jetzt ist nicht festgestellt, daß Kaldorff und Lorenz bereits Geldmittel zur Ausführung ihres Planes gehabt hätten, wie das in einem Brief Kaldorffs an den Münchener Rechtsanwalt behauptet wird. Der Empfänger dieses Briefes, ein Studienfreund Kaldorffs, schildert diesen als einen stark psychopathischen Fanatiker, der keinerlei Hemmungen habe, um seine Einbildungen durchzusetzen und dem daher die Ausführung des Attentatsplans wohl zuzutrauen wäre. Kaldorff hat auch angegeben, Vater des „Berliner Lokal-Anzeiger“ zu sein.

Einige weitere Persönlichkeiten, die in dieser Sache bis jetzt genannt worden sind, haben die Absicht gehabt, die ganze Sache, sowie sie deutlichere Gestalt annahm, den Behörden mitzuteilen; diese Personen kommen daher nicht als Beschuldigte, sondern als Zeugen in Betracht.

Korrespondenz BS. meldet weiter: Karl Kaldorff wurde am 15. Juli 1885 in Traunstein und Werner Lorenz, am 18. Februar 1890 geboren. Kaldorff wurde im Oktober dieses Jahres als ungelerner Arbeiter in das Bernerwerk eingestellt. Als Sohn eines geachteten bayerischen Beamten ist Kaldorff nach dem Kriege vollständig verbummelt und hat nicht nur in Bayern, sondern auch in Berlin bereits eine ganze Anzahl von Schwindeleien und Hochstapeleien verübt. In das Bernerwerk ist er durch seine Beziehungen zu dem Leiter der Völkischen Angestelltenvereinigung, Major a. D. Smetthlag gekommen. Kaldorff hatte sich der Völkischen Arbeiter- und Angestelltenvereinigung der Siemenswerke angeschlossen.

Geheime Arbeiterräte.

Von Hans Bauer.

Es war das weithin leuchtende Wahrzeichen des sich zuerst einmal als Untertanen fühlenden Bürgers im wilhelminischen Zeitalter, daß er mehr noch als auf gute Betätigung, auf gute Behandlung durch den Staat sah. Der Orden und der Titel, das waren die beiden Pole, um die sein Denken kreiste. In der Regel waren es vielleicht gar nicht einmal in erster Linie die Gefühle der Gerechtigkeit, die durch Beförderung und Dekoration ihre Bestätigung fanden. Der Untertan freute sich nicht nur im Hinblick auf die veränderte Einschätzung durch die Umwelt über die Anerkennung, die er vom Staat erhielt, sondern er war auch innerlich davon überzeugt, daß er nicht mehr derselbe wie früher war. Er war gewachsen. Der Lehrer, der über Mittag zum Oberlehrer befördert worden war, kam als ein Anderer zum Nachmittagsunterricht. In seinem veränderten Renommee über sich selber war auch in seinem Verhältnis zum Staat, als dem Bewirter seiner gesellschaftlichen Erhöhung, eine Wandlung eingetreten. Er fühlte sich fester an den Staat geteilt. Es lag im Sinne seines Selbstbewusstseins, daß er die Institution, die dieses Selbstbewusstsein gestützt hatte, als gerecht und verehrungswürdig anerkannte: er ehnte sich selber, indem er den Staat ehnte.

Es ist wahrscheinlich, daß die schlauerer Köpfe des Kaiserreiches es schon immer als einen bedauerlichen Mangel ihres moralischen Befehlsystems empfanden, daß es sich nicht auch ohne weiteres auf diejenigen ausdehnen ließ, die der ganzen Ordnung, in die dieses System eingefügt war, feindselig gegenüberstanden. Das soll jetzt anders werden. Von Bayern her naht die Neuerung. Die bayerische Arbeiterschaft soll in den Stromkreis der staatlichen Abstempelung eingeschaltet werden. Es soll vom 1. Januar an in Bayern Arbeiterräte (die natürlich mit dem revolutionären Sinn dieses Wortes nichts zu tun haben werden), Landesarbeiterräte und Geheime Landesarbeiterräte geben. Höhere Titulaturen scheinen vorläufig noch nicht in Betracht kommen zu sollen. Oberlandesarbeiterräte, Geheime Oberlandesarbeiterräte, Obergeheime Landesarbeiterräte dürften fürs erste noch nicht ernannt werden. Vielleicht bleibt einer späteren Zeit aber auch dies nicht erspart.

Es ist noch nicht eckig ersichtlich, nach welchen Prinzipien die Beförderungen erfolgen sollen. Wird als Maßstab für die Bewertung die Anzahl der Jahre von dem Staat anerkannt werden, die jemand als Mitglied bei der Bayerischen Volkspartei zugebracht hat? Wird der Bezug der „Münchener Neuesten Nachrichten“ für die Beförderung ersten Grades, wird der Bezug der „Süddeutschen Monatshefte“ für die Beförderung zweiten Grades ausreichen? Sind die Titulaturen als Kompensation für zu niedrige Löhne gedacht?

Vielleicht dürfen auch wir uns der bayerischen Regierung mit einem Distrikt zu behandelnden Vorschlag nähern: Sie zeichne mit

der Beförderung alle diejenigen aus, die sich bei ihr als sozialistische oder republikanische Führer eines besonders verhabenen Namens gemacht haben. Der Titel eines Geheimen Arbeiterrates dürfte das geeignetste Mittel sein, seinen Träger lächerlich zu machen und ihm dadurch den Einfluß auf seine Gefinnungsgenossen zu entziehen.

Kindervorstellung in der Volkshäule. Unruhe und zappelige Lebendigkeit erfüllen den Zuschauerraum. Kleine Gestalten verkrüppeln in den Klappstühlen, und von den obersten Rängen leuchten oft nur schmetterlingsähnliche Haarschleifen herab. Subalpine, glückselige Erwartung bewegt Hunderte von Klappermäulchen. Aber dann wird es plötzlich dunkel, und wie sich der Vorhang von der Wunderwelt der Bühne hebt, ist alles mudsmäuschensstill. Und Siegfried, der Königssohn, sieht an einem Morgenmorgen „von des Vaters Burg herab“; er erblickt in einer Schmitze das Wunder der Arbeit und wird ein Schmiedesohn. Mit selbstgegründetem Schwert befreit er dann die Prinzessin von dem Drachen und tötet das Unier. Doch der schlechte Ritter schlägt heimlich dem toten Drachen das Haupt ab und freit nun als ihr Erreiter um die Königsdöchter. Doch rechtzeitig nach eilt Siegfried, der tapfere Schmiedesohn, herbei. Er bringt die Junge des Drachen und zwei der Zähne als Zeichen seiner Tat, und nun wird natürlich auch die Prinzessin sein. In den Jubel ihrer Gespieltinnen stimmt kaischend und trübend die ganze Kinderchar ein, und einmütig wird auch der falsche Ritter verurteilt. Und dann ist das Spiel aus, und mit roten Büschen und blanken Augen verläßt alles das Theater. Doppelt eifrig nach langem Schwigen plappern die kleinen Jungen, und immer wieder klingt es: es war wunderbar — wunderbar. — Es war wirklich ein richtiges, echtes Kinderstück, dieses „Siegende, klingende Märchenstück“ von Heinrich Kömer, „Jung Siegfried, der wackere Schmiedesohn“. Vielleicht hätte man gut getan, an einigen Stellen die Verse etwas zu kürzen. Denn Kinder wollen im Theater sehen, sehen und nur sozial hören, wie zum Verständnis unbedingt notwendig ist. Und während z. B. der Drache starb, zeigte eine leichte Unruhe, daß er sich zuviel Zeit damit nahm. Schöner wäre es noch gewesen, wenn die beiden Königsdöchter mehr die feste Würde richtiger Märchenkönige gewahrt und nicht so sehr an die Weichheit von Bedachtentönnen erinnert hätten. Aber das sind Kleinigkeiten.

25 Jahre Quantentheorie. Max Planck, der große deutsche Gelehrte, kann jetzt auf das 25jährige Bestehen seiner berühmten Quantentheorie zurückblicken, die im Gegensatz zu anderen Theorien die Eigenschaft hat, nicht an Wert zu verlieren, sondern immer treuer zu werden. Hendrik Antoon Lorentz, der holländische Gelehrte und Frend Max Plancks, schreibt in den „Naturwissenschaften“ darüber u. a. folgendes: Wohl selten hat in einem Zeitraum von kaum einem Dezennium durch die Entdeckung neuer Erscheinungen und das Emporkommen neuer Denkweisen, eine Wissenschaft eine so tiefgehende Umwandlung erfahren wie vor 25 Jahren die Physik. Das scheidende Jahrhundert hatte in rascher Aufeinanderfolge die Entdeckung der Röntgenstrahlen, der Radioaktivität und des Zeemaneffekts gebracht; man hatte die ersten Aufschlüsse über das Wesen des Elektrons gewonnen, und 1905 sollte Einsteins erste Abhandlung über die Relativitätstheorie erscheinen. In der Mitte dieser merkwürdigen Periode entstand die Quantentheorie, die, indem

sie zu einer Atomistik der Energie führte, in ganz besonderem Maße an der Reizgestaltung der Physik mitgewirkt hat. Nach und nach hat sie immer weitere Gebiete unter ihre Herrschaft gebracht, den Bau der Atome enthüllt und die Sprache der Spektren entziffert. So ist sie den Physikern unserer Tage ein unentbehrlicher und zuverlässiger Führer geworden, dessen Anweisungen sie gern folgen. Mögen auch ihre Anstöße manches Mal wie unverständliche Orakelsprüche klingen, wir können uns das gefallen lassen, da wir überzeugt sind, daß große Wahrheiten hinter denselben liegen müssen. Es ziemt sich wohl, jetzt in Dankbarkeit und Erinnerung daran zurückzudenken, daß Planck in der Eignung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft vom 14. Dezember 1900 mit der Entzifferung seiner Hypothese der Quantenelemente den Grund zur Quantentheorie legte.

Abbau beim Theater. Der Verband Berliner Bühnenleiter hat in seiner letzten außerordentlichen Mitgliederversammlung beschlossen, in Anbetracht der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Lage, die sich naturgemäß besonders auf dem Gebiete des Theaterbetriebes auswirkt, einen Gesamtabbau der Theaterbetriebe herbeizuführen. Dieser Abbau soll sich auf sämtliche Zweige des Theaterbetriebes, insbesondere auf Miete, Lustbarkeitssteuer, Restime, Ausstattungswesen, Szenen und Gehälter (die beiden letzteren von einer bestimmten Höhe an) erstrecken.

Die auf eine Entspannung des gesamten Theaterbetriebs hinzielenden Bemühungen unterliegen beim Theater deswegen besonderen Schwierigkeiten, weil dort im Gegensatz zu anderen wirtschaftlichen Unternehmungen feste, oft langfristige Verträge vorliegen. Trotzdem sind die Theaterleiter von einem Erfolge ihrer Bemühungen überzeugt, der sie in die Lage versetzen würde, die Theatertrittspreise herabzusetzen.

Eine neue Untersuchung über die nordamerikanischen Petroleumlager. Frühe Prophezeiungen sind in jüngster Zeit besonders von englischen Sachverständigen über die Erschöpfung der nordamerikanischen Petroleumlager gemacht worden. Um nun genau festzustellen, wieviel Petroleummengen Nordamerika, das unser größter Petroleumverzeuher ist, noch besitzt, hat Präsident Coolidge eine Studienkommission eingesetzt, die über ihre Erhebungen einen genauen Bericht erstattet hat. Danach kann man zurzeit noch mit einem Vorrat von 5,3 Millionen Barrels (1 Barrel = etwa 120 Litern) aus den gegenwärtig vorhandenen amerikanischen Öllagern rechnen. Wenn diese Mengen erschöpft sein werden, wird man zu anderen Mitteln greifen müssen, um den bissheren Schichten ihren Schatz abzugewinnen. Auf solche Weise der Förderung lassen sich weitere 25 Millionen Barrels gewinnen. Da aber die tiefsten Erdschichten erst zum kleineren Teil erschlossen sind, kann man mit der Entdeckung neuer Öllager rechnen, und die Vervollständigung der Bohrverfahren wird die Erreichung immer tieferer Schichten ermöglichen. Die Kommission nimmt an, daß auf diese Weise noch 108 Millionen Barrels Öl zu gewinnen sind, von einer Erschöpfung also noch lange nicht die Rede sein kann.

Vorlage. In der Vertragreihe des demokratischen Studentenbundes Berlin, bildet heute 8 Uhr in der Hochschule für Politik Prof. Alfred Weber die Vorlesung über „Einkauf und Politik“. — Am nächsten für Sozialwissenschaft (in den Hallen 6a) erhaltet heute 8 Uhr das 10. Semester zur Vertragreihe des Reichsanwalts B. Bahr („Der Begriff des Unzulässigen in der Kunst“).

Haltet den Dieb!

In der vom BdZ. verbräuteten Niedergabe der gestrigen Landtagsführung, der sich neben den anderen Zeitungen auch der „Vorwärts“ bedient hat, hieß es irrtümlich, neben den Deutschnationalen und dem Zentrum hätten sich auch die Kommunisten nicht an der Abstimmung über die einheitliche Abgabe der preussischen Steuern im Reichsrat beteiligt. Tatsächlich haben die Kommunisten für die Vorlage gestimmt.

Der kommunistische Landtagsabgeordnete Piesch bemühte beim Beginn der heutigen Landtagsführung den Irrtum des BdZ., um — dem „Vorwärts“ eine böswillige Fälschung vorzumerfen. Da nicht anzunehmen ist, daß der kommunistische Partei der BdZ. Bericht und die andere Presse nicht zur Verfügung steht, fällt der Vorwurf auf den Abg. Piesch zurück. Es ist ja nicht das erste Mal, daß die Kommunisten bei der „Haltet den Dieb!“-Taktik erwischt werden.

Die nationalen Minderheiten.

Eine Zusammenstellung nach den Reichstagswahlen.

BR. meldet: In den Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts ist als spätestes Heft über die Reichstagswahlen vom 4. Mai und 7. Dezember v. J. neben die angekündigte Zusammenstellung der für die Nationalen Minderheiten Deutschlands abgegebenen Stimmen erschienen. Während auf die vier in Betracht kommenden Parteien: Polnische Volkspartei, Wendische Volkspartei, Schleswiger Verein und Masurische Vereinigung im Mai noch 119 786 bzw. insgesamt 292 817 798 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen, sind im Dezember bei 30 290 002 gültigen Stimmen nur 92 961 für die nationalen Minderheiten abgegeben worden. Der Rückgang verteilt sich über alle vier Parteien: Die Polen sind von 100 260 auf 61 700, die Wenden von 10 827 auf 5585, die Schleswiger (Dänen) von 7620 auf 5134, die Masuren von 1029 auf 542 zurückgegangen. Von den 35 Wahlkreisen waren im Mai 11, im Dezember 13 ohne irgend welche Minderheitsstimmen, und zwar im Mai die Wahlkreise Breslau, Helsen-Rassau, Koblenz-Trier, die vier bayerischen Wahlkreise, Chemnitz-Zwickau, Württemberg, Baden und Helsen-Darmstadt, im Dezember Merseburg, Helsen-Rassau, Koblenz-Trier, alle weiteren vorgenannten und Hamburg und Mecklenburg. Auch der Wahlkreis, in dem die meisten Minderheitsstimmen abgegeben wurden, Oppeln, hat im Mai mit 36 079 von 457 210 und im Dezember mit 42 051 von 540 708 gültigen Stimmen weniger als 8 Prozent Stimmen auf diese Minderheitsliste erbracht. Im ganzen beträgt die Zahl der Minderheitswähler im Mai 0,4, im Dezember 0,3 Proz. der abgegebenen gültigen Stimmen.

Französischer Parteitag einberufen.

Zusammentritt am 10. Januar.

Paris, 17. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Parteivorstand der Sozialistischen Partei hat gestern abend die Einberufung eines außerordentlichen Parteitagbeschlusses beschlossen, der über die Haltung der Fraktion zu den aktuellen Fragen der Finanzpolitik und vor allem der evtl. Beteiligung an der Regierung Bescheid lassen soll. Dieser Bescheid ist einstimmig gefaßt worden.

Dagegen kam es über die Festlegung des Termins zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten. Die Anhänger der Regierungsbeteiligung verlangten die sofortige Einberufung und schlugen dafür den 27. Dezember vor aus der Erwägung heraus, daß die Möglichkeit einer neuen Regierungserklärung, mit der durch die Berufung Dommers zum Finanzminister in den parlamentarischen Streit zu entscheiden wird, die Frage schon so bald akut werden könnte. Dem Antrag traten die Organe der Regierungsbeteiligung, wie Paul Faure, Compère Morel, Brade und andere entgegen. Mit 11 gegen 9 Stimmen bei einer Stimmenthaltung wurde schließlich beschlossen, den außerordentlichen Parteitag für den 10. Januar einzuberufen.

Schluss der Völkerbundtagung.

Die falsche Taktik der Türkei.

Genf, 17. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch abend ist der türkische Außenminister Cemal Pascha Beg gleichzeitig mit der britischen, französischen und spanischen Delegation nach Paris abgereist.

Der allgemeine Eindruck dieser Völkerbundtagung war, daß die Türkei eine ungeschickte Taktik verfolgte. Denn nach Annahme des Entschlusses des Haager Gerichtshofes durch den Völkerbundrat bedurfte ihre Ablehnung, den Vermittlungsversuch zu bejehnen, nichts anderes, als den Versuch, den Völkerbundrat zur offenen Kapitulation zu nötigen, was unmöglich war.

Genf, 16. Dezember. (BR.) Die Entscheidung über die Resolution wurde in der heutigen Schlussführung des Völkerbundrates einstimmig angenommen. Vor Annahme dankte der englische Kolonialminister Amery dem Rat für seine Entscheidung, bedauerte jedoch, daß er dem Wunsch der englischen Regierung unter Berücksichtigung der strategischen Bedürfnisse die Grenze des Irak in die nördlichen Gebirgszüge zu verlegen, nicht entsprechen habe. Er hoffe, in kurzer Zeit dem Rat von den Maßnahmen Kenntnis geben zu können, die in seiner Entscheidung hinsichtlich der lokalen Wünsche der kurdischen Bevölkerung und hinsichtlich der Erschließung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und dem Irak ausgesprochen sind. Scialoja verlas im Namen sämtlicher Ratsmitglieder eine Erklärung; darin wird

beiden Parteien dringend empfohlen, zu einer gütlichen Regelung in den einzelnen Fragen zu gelangen

und Verhältnisse zu schaffen, die dem jetzigen bedauerlichen Zustand ein Ende machen und den Frieden sichern. Schließlich dankte Chamberlain im Namen der englischen Regierung dem Rat und allen seinen Organen. Die englische Regierung habe keineswegs den Wunsch, eine starre und intransigente Haltung gegenüber der Türkei einzunehmen. Wenn sie beim Rat auf eine Entscheidung gedrängt habe, so sei das nur in der Überzeugung geschehen, daß es unmöglich sei, bei längerem Warten auf einen Ratspruch eine Basis zu finden, die zu einer Verständigung mit der Türkei dienen könnte. Die englische Regierung habe den sehr lebhaften Wunsch, mit der türkischen Regierung in freundschaftlichen Beziehungen zu leben. Nachdem nun die Entscheidung des Rates gefallen sei, werde die englische Regierung gerne Besprechungen mit der türkischen Regierung aufnehmen, damit nach Mitteln und Wegen gesucht werde, um unter Berücksichtigung der Entscheidung des Rates die Beziehungen zwischen den beiden Ländern leichter und sicherer zu gestalten. Zu diesem Zweck sei die englische Regierung bereit, jeden Vorschlag der türkischen Regierung in Erwägung zu ziehen, der mit den Aufgaben Englands als Mandatarmacht zur Überwachung der Interessen der Bevölkerung des Irak vereinbar sei.

Hierauf schloß Scialoja um 7 Uhr 5 Minuten die Dezembertagung des Völkerbundrates.

Die Messstadt.

Vor einiger Zeit erließ die Stadt Berlin ein Preisanschreiben, das die Bebauung des Messfeldes am Kaiserdam zum Gegenstand hatte. Es waren vier Preise ausgesetzt in Höhe von 4000 bis 12 000 Mark. Die Kommission hat nun ihr Urteil gefällt. Im ganzen waren 97 Entwürfe eingelangt. Den ersten Preis erhielt Professor Heinrich Straumer-Berlin, den zweiten die Münchener Architekten Holzhammer und Berner. Dieser Wettbewerb war vielleicht einer der größten im Deutschland der Nachkriegszeit, es handelte sich hier nicht nur um die Lösung einer architektonischen Aufgabe, sondern vor allem um die Lösung eines Raumproblems, nämlich um die Auswertung des Geländes um die Ausstellungshallen und auf der anderen Seite der Spandauer Bahn um das Gelände bei Eichkamp. Die vorhandenen Straßen und Verkehrslinien mußten in Betracht gezogen werden. Die Straßenanlagen auf dem Ausstellungsgelände waren allerdings in Hinblick auf Wohnhäuser entworfen worden; die Dispreußen- und Majuren-Allee und der Scholzplatz, deshalb sah der Wettbewerb eine Verlegung dieser Straßen vor.

Mit allen diesem rechnet der Entwurf Professor Straumers. Straumer projektiert eine breite Verkehrsstraße zwischen der neuen Kanistraße und dem Reichstanzlerplatz, die das Ausstellungsgelände teilt. Auf der einen Seite liegen die alte und die neue Automobilhalle und ein neu zu errichtendes Gebäude, das die Büroaräume umfassen soll, auf der anderen das Kongresshaus und große Komplexe von Ausstellungshallen, rhythmisch gegliedert in monumentaler Anordnung. Das Haupthaus fügt sich zwanglos der ganzen Komposition ein. Der Haupteingang zum Ausstellungsgelände liegt an der neuen Straße. Von hier aus geht auch die Haupttreppe der Platzanlage über zu den Sportplätzen bei Eichkamp. Hier hat Straumer Portalanlagen vorgesehen und Plätze, auf denen schnell Gebäude für kleinere Ausstellungen errichtet werden können. Ähnlich ist der Entwurf Holzhammers und Berners. Auch er sieht eine große Verbindungsstraße zwischen der Kanistraße und dem Reichstanzlerplatz vor. Der Eckpunkt der Kanistraße wird hier durch ein Hochhaus markiert. Nur ist die Anlage des Ausstellungskomplexes nicht so einfach gehalten wie bei Straumer. In rein architektonischer Beziehung zeigen beide Entwürfe das Streben nach monumentalem Ausdruck, die Gebäude sind großartig und klar gegliedert, ohne unnötige dekorative Verzierungen. Ueberhaupt ist auch bei den anderen Entwürfen die Lösung der architektonischen Frage am besten gelöst, zu einigen Ausnahmen abgesehen, die sich in epheueren Experimenten gefallen oder zu einem schiefen Klassizismus zurückkehren. Aber die meisten haben übersehen, daß es sich hier vor allem um die Lösung eines städtebaulichen Problems schwierigster Art handelt.

Die Ausführung des Bebauungsprojektes ist bei den augenblicklichen finanziellen Schwierigkeiten ein Traum der Zukunft, trotzdem zeigt dieser Wettbewerb, daß Berlin gewillt ist, seine Stellung als Messstadt zu behaupten und vor allem zu befestigen und zu vergrößern, um vielleicht einmal andere bekannte Messe- und Ausstellungsorte zu überflügeln. Die Entwürfe sind in der Funkhalle ausgestellt und täglich von 9 bis 7 Uhr zu besichtigen.

Gemeine Besinnung.

Diebstähle und Betrugsfälle an Arbeitern.

Mit der Armut christlicher Arbeiter hatte der stellunglose Robert Grimm, um sich selbst zu bereichern, frechhaft gespielt. In zahlreichen Fällen brachte er die Leute um ihr letztes besseres Kleidungsstück und sich außerdem noch, was ihm in die Hände fiel. Wegen fortgesetzten, teils vollendeten, teils versuchten Betruges, wegen Diebstahls im straffschärfenden Rückfall, mußte sich der gewissenlose Bursche vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verantworten.

Grimm, der zumeist vorbestraft ist, war in der Zeit seiner Arbeitslosigkeit auf folgenden neen Trakt gekommen, sich unter allen Umständen Geld zu verschaffen. Er sprach junge Leute auf Stellungsnachweiser oder an den Orten, wo der Arbeitsmarkt der Zeitungen verteilt wurde an und erzählte, daß er ihnen Arbeit verschaffen könnte. Dadurch erfuhr er die Wohnungen und oft auch die Familienverhältnisse der Arbeitsuchenden. Jetzt fuhr der Angeklagte auf kürzestem Wege zu den Angehörigen, erzählte hier von einem Unglücksfall, von dem der Mann, Sohn oder Bruder betroffen sei. Die Verletzungen wären zwar keine Fleischwunden, sondern nur Hautabrisse, aber die Kleidung des Betroffenen sei vollkommen zerrissen und unbrauchbar geworden. Die erst verängstigten und besorgten Angehörigen vergehen im Moment der Erregung jede Vorsicht und händigten dem Schwindler in vielen Fällen den einzigen Sonntagsausgang des angebl. Verunglückten aus. So war es dem Angeklagten möglich, in 38 von 40 Fällen Kleidungsstücke zu erbeuten, die er dann bei einem Trödler sofort verkaufte. Wo sich außerdem noch die Gelegenheit bot, benutzte Grimm die Aufregung und Verwirrung zu Diebstählen von Ausweispapieren, Handtaschen und Uhren. Obwohl der Staatsanwalt wie das Gericht waren sich in der moralischen Beurteilung dieser verwerflichen Taten einig und versagten dem Angeklagten jede mildernde Umstände. Grimm wurde zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten verurteilt. Wegen der gemeinen Besinnung sprach ihm das Gericht außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren ab.

Der Voßmer-Prozess.

Der gestrige Verhandlungstag mit seinen Zuhörerübernehmungen hat das erste Urteil nicht erschüttern können. Als erster Zeuge wird heute Hauptmann Heffter vernommen. Er begrüßt Frau Voßmer mit Kopfnicken. Der Zeuge wird nicht verurteilt und kommt dann auf die bekannten Vorgänge bei der Berliner Autofabrik zurück. Eines Tages ist Frau Dr. Dommer auf sein Zimmer gefahren und habe gerufen: „Du, Fritz, höre bloß, mir ist Geld gestohlen.“ Der Zeuge bekundet, daß er genau gesehen hat, daß die Gräfin 1000 Mk. auf die Voßmer Zeuge mitgenommen habe. Die Angeklagte versucht wieder den Zeugen durch Ausrufe in der Aussage zu dirigieren. Aber der Vorsitzende führt sofort das Beweismittel. Bekanntlich spielen bei den Voßmer Fällen die Ein- und Ausgaben der Gräfin eine große Rolle. Sie will diese genau notiert haben. Über die Notizzettel stellen sie wüsten Durcheinander bei. Vorstippen, Angeklagte und Staatsanwälte rechnen, aber vergebens. Stille im Gerichtssaal. Auch die Angeklagte rechnet und rechnet. Jeder bekommt etwas anderes heraus. Vorl.: Man nicht so schnell, wir haben hier kein Wettrennen. Die Angeklagte hat schließlich die Rechenaufgaben richtig gelöst. (Lachen im Zuhörerraum.) Vorl.: Angeklagte, ich habe Ihnen da unrecht getan. Die Frage des Oberstaatsanwalts, in welchen Beziehungen Heffter zur Gräfin standen habe, einfach eine rege Diskussion. Des Gerichts nicht sich zur Befreiung über die Zulassung der Frage zurück und beschließt, die Frage zuzulassen, denn sie gehöre zur Sache. Heffter verweigert aber die Aussage.

Telephon-Schnellverkehr mit Birkenwerder.

Es ist bisher als Uebelstand empfunden worden, daß der Fernsprechverkehr zwischen Groß-Berlin und Birkenwerder als reiner Fernverkehr über das Fernamt in Berlin abgewickelt wird, so daß Gesprächsverbindungen zwischen Teilnehmern dieses Fernsprechnetzes und solchen in Groß-Berlin naturgemäß nicht so schnell hergestellt werden können, wie es im Groß-Berliner Verkehr der Fall ist. Um in dieser Beziehung eine im Interesse der Teilnehmer liegende Beseitigung des Fernverkehrs zu erzielen, wird ein vereinfachter und beschleunigter Fernsprechverkehr ähnlich dem Vorortverkehr eingerichtet werden. Da die Verbindungen wesent-

lich schneller als im reinen Fernverkehr abgewickelt werden, erhält diese neue Verkehrsart die Bezeichnung „Schnellverkehr“. Birkenwerder wird in der Nacht vom 28. zum 29. Dezember an das Schnellverkehrsamt, das beim Fernsprechamt „Merkur“ untergebracht ist, angeschlossen. Ein Teilnehmer in Groß-Berlin, der vom 28. des Monats ab eine Verbindung nach Birkenwerder wünscht, ruft das Gespräch nicht mehr als Ferngespräch beim Fernamt an, sondern er verlangt die gewünschte Verbindung bei der Heamlin seines Amtes unter Angabe von Amt und Nummer und wartet mit dem Hörer in der Hand, bis die Beamtin die Verbindung über das Schnellverkehrsamt bei „Merkur“ mit dem gewünschten Teilnehmer in Birkenwerder hergestellt hat. Die Gesprächsgebühren bleiben dieselben wie bisher.

Weihnachtszahlung an die Kriegsbeschädigten.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten teilt mit, daß entsprechend der einmaligen Zahlung, die noch vor Weihnachten den Beamten gewährt werden soll, auch die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ein Viertel der Rente und der nach Maßgabe der Bedürftigkeit zustehenden Zuschläge ausgezahlt erhalten. Die auf die Jahresrente entfallende Erhöhung soll von den Fürsorgestellen noch vor Weihnachten ausgezahlt werden. Die Fürsorgestellen werden den Tag der Auszahlung in der örtlichen Presse bekannt machen. Die Auszahlung der einmaligen Beihilfe für die Rentempfänger, die auf Jahresrente keinen Anspruch haben, erfolgt voraussichtlich am 28. Dezember zusammen mit der Januarrente. Infolge des bei der Zahlung der Renten durch die Post eingeführten Systems hat sich die Zahlung vor Weihnachten nicht mehr für alle Rentempfänger ermöglichen lassen.

Verkauf der Wohlfahrtsbriefmarken!

Der Berliner Ausschuss der Deutschen Rothhilfe (Abteilung der Zentral-Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege) hat den Verkauf der neuen Wohlfahrtsbriefmarken eröffnet. Die Wohlfahrtsbriefmarken sind vollständige Postwertzeichen (fünf, zehn und zwanzig Pfennig) und werden als solche mit 100 Proz. Wohlfahrtszuschlag — also zum doppelten Preise der gewöhnlichen Postwertzeichen — abgegeben. 60 Proz. des Wohlfahrtszuschlages fließen der Berliner Wohlfahrtspflege zu, deren Mittel durch die Erwerbslosigkeit, Winterkälte und — not übermäßig beansprucht sind. Jeder kann durch Kauf von Wohlfahrtsbriefmarken helfen! Gerade auch der Kauf kleiner Mengen durch viele Tausende unserer Mitbürger ist geeignet, erhebliche Mittel aufzubringen. Alle Berliner, die der Wohlfahrtspflege ihrer Heimatstadt helfen wollen, mögen daher ihren gesamten Markenbedarf beim Berliner Ausschuss der Deutschen Rothhilfe decken, und zwar Berlin C 2, Poststraße 16, Zimmer 79 b, Merkur: 2215, oder bei den Bezirkswohlfahrtsämtern als Geschäftsstellen der Bezirksarbeitsgemeinschaft und bei den Organisationen der freien Wohlfahrtspflege.

36 Personen Opfer der Glatte. Infolge der anhaltenden Glätte stürzten im Laufe des gestrigen Tages wieder eine größere Anzahl Personen auf den Berliner Straßen. Allein in den Berliner Rettungswachen wurden 36 Personen behandelt, die sich größtenteils Knochenbrüche, Unterschenkel- und Armbürche zugezogen hatten. 33 Personen konnten nach Anlegung von Notverbanden wieder in ihre Wohnungen entlassen werden. 3 Personen, die sich besonders schwere Verletzungen zugezogen hatten, mußten in das Krankenhaus transportiert werden.

Nochmals die Verkaufsstellen am Sonntag vor Weihnachten. In einem Teil der Presse ist mitgeteilt worden, daß die Verkaufszeit von 2 bis 6 Uhr an den beiden Sonntagen vor Weihnachten für die Blumenstände nicht gelte. Gegenüber teilt das Polizeipräsidium mit, daß am letzten Sonntag vor Weihnachten, also am 20. Dezember, sämtliche offenen Verkaufsstellen, also auch die Blumenläden, von 2 bis 6 Uhr verkaufen dürfen.

Rekrute Illustrierer im Jahre 1925. Im Jahre 1925 sind insgesamt 85 Illustrierer beurlaubt worden, und zwar anfangend mit 150 M. bzw. 30 Tagen Haft für eine Person bis herab zu 3 M. bzw. 1 Tag Haft für eine Person.

Zum Umtausch der Reichsanleihe. In den amtlichen Vordrucken, die für die Anträge auf Umtausch von Reichsanleihe alten Bestandes in Umlaufanleihe und auf Gewährung von Auslieferungsgewinnen zu benutzen sind, ist die Erklärung enthalten, daß die Anträge „unter Verzicht auf Widerruf“ gestellt werden. Dieser Vordruck hat in der Öffentlichkeit die Meinung verbreitet, daß der Antragsteller dadurch auf eine spätere günstigere Regelung verzichtet. Der Reichsfinanzminister teilt nun mit, daß diese Annahme irrig ist. Durch den Verzicht erklärt der Antragsteller nur, daß er einen einmal gestellten Antrag nicht wieder zurückziehen wird. Anträge, in denen die Worte „unter Verzicht auf Widerruf“ durchstrichen sind, sollen deshalb auch in ihrer Rechtsgültigkeit nicht beeinträchtigt werden.

Einstellung des Dampferbetriebes Swinmünde—Pflau. In der Zeit vom 10. Januar bis 28. Februar 1925 wird der Dampferbetrieb auf der Strecke Swinmünde—Neufahrwasser—Pflau eingestellt. Der Verkehr auf der Brahmowitzer-Marienburg—Tanzig ist laut Mitteilung der Oberpostdirektion Königsberg i. Pr. infolge Störung des Führerbetriebes vorübergehend eingestellt worden.

Sport.

Zweites akademisches Hallturn- und Sportfest.

Am Mittwoch veranstaltete der Berliner akademische Gesamtausschuss für Leibesübungen sein zweites Hallturn- und Sportfest in der Autohalle am Kaiserdamm. Die Kämpfe und Vorführungen dehnten sich von 4 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends aus. Es war aber von der geschickten Regie für Abwechslung gesorgt, so daß jeder der zahlreichen Zuschauer auf seine Kosten kam. Von den sportlichen Vorführungen sind besonders zu nennen die Übungen der preussischen Hochschule für Leibesübungen, die man wohl treffend das moderne Turnen nennen kann. Die Mannschaft zeigte erstaunliche Leistung. Auch die rhythmischen Festübungen einer Frauenabteilung wurden sehr beifällig aufgenommen. Die Stafettenläufe waren teilweise hervorragend besetzt. Die Vorgesprünge stellten noch in den Anfängen. Das Handballspiel zwischen Universität und Technischer Hochschule Charlottenburg war vom Anfang bis zum Ende ein spannendes, glänzend durchgeführtes Kampf, der mit dem knappen Sieg 1:0 für Charlottenburg endete. Festzustellen bleibt: der sportliche Geist scheint im Studententum im Wachsen zu sein.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

34. Wbl. Charlottenburg, Grasse 3, Steiner, Berliner Str. 57, ist am Sonntag nachmittags Beerdigung am Freitag, den 18. Dezember, mittags 12 Uhr in Melchior, Rühlfelder Friedhof.

Geschäftliche Mitteilungen.

Qualitätsmusik direkt am Telegophon! Für die langen Winterabende bringt die altbekannte Firma, das Schweizer Musikhaus, eine unserer ältesten Spezialgeschäfte, große Freude in jedes Heim. Der wackeren Zeitbedürfnis-treuer liefert die Firma für die wertevolle Reihe Qualitätsmusik auf 24 ab und 6 ab die beste Verbindung des Telegophons mit dem Fernsprechnetz des Telegophons erlangten Musikinstrumente wie Mandolinen, Violinen, Lauten, Gitarren, Orgeln usw. in vollkommenster Ausführung zum Verkauf. Ferner kann man bei Musikapparate (Elektronische Verstärker) in hervorragender Ausführung und modernster Ausführung, sowie Musikplatten aller Künstler bei ungemein billigen Anschaffungskosten erwerben. Es empfiehlt sich daher, die Musikinstrumente der Firma in deren Verkaufsstellen (siehe unten) zu erfragen. Am Sonntag vor Weihnachten ist das Schweizer Musikhaus von 9 bis 6 Uhr geöffnet.

Gewerkschaftsbewegung

Die englischen Gewerkschaften für die Einheit.

Beschluss des Generalkonvents der englischen Gewerkschaften.

London, 17. Dezember. (Reuter.) Wie verlautet, hat der Generalkonvent der Gewerkschaftsvereine beschlossen, nicht sofort die Initiative zur Einberufung einer Konferenz zwischen den russischen und den der Amsterdamer Internationale angehörenden Gewerkschaften zu ergreifen. Obwohl er den Wunsch hat, zwischen den russischen Gewerkschaften und der Internationale zu vermitteln, glaubt der Generalkonvent, daß es keinen Zweck hätte, eine Konferenz einzuberufen, ehe man sich nicht der Ansicht der Gewerkschaften des Kontinents vergewissert habe. Unterdessen wird das vereinigliche britisch-russische Komitee das Werk der Beratung und Zusammenarbeit fortsetzen.

Dieser Beschluss des Generalkonvents der englischen Gewerkschaften zeigt, daß sich unsere englischen Kameraden durchaus ihrer schweren Verantwortung bewußt sind. Der Generalkonvent hat erkannt, daß eine Konferenz, die außerhalb des IGB einberufen würde, bei den übrigen Gewerkschaften, die dem IGB angeschlossen sind, auf keinerlei Gegenliebe zählen könnte. Nach dem letzten Amsterdamer Beschluss müßte jede Konferenz, die außerhalb des Rahmens des IGB in der Frage des Anschlusses der russischen Gewerkschaften einberufen würde, als gegen den IGB gerichtet betrachtet werden. Von diesen Erwägungen ausgehend, hat der Generalkonvent der britischen Gewerkschaften seinen Beschluss gefaßt.

Damit ist aber keineswegs der Weg zum Anschluß der russischen Gewerkschaften verbaut. Man kann im Gegenteil sagen, daß der Beschluss des Generalkonvents der britischen Gewerkschaften die Basis schafft, um die internationale Einheitsfront herzustellen.

Welches sind die Differenzpunkte, die heute noch in dieser Frage bestehen? Der Internationale Gewerkschaftsbund hat die russischen Gewerkschaften wiederholt zum Beitritt aufgefordert. Die russischen Gewerkschaften haben diese Einladung zunächst damit beantwortet, daß sie eine sogenannte Rote Gewerkschaftsinternationale gründeten und mit deren Hilfe und gemäß deren Statuten in allen Ländern die Amsterdamer Gewerkschaften aufs heftigste bekämpfen. Dieser Kampf führte in einer Reihe von Ländern zur Spaltung der Gewerkschaftsbewegung. Auch da, wo es nicht zur offenen Spaltung kam, ist infolge dieser Kämpfe eine Schwächung der Gewerkschaften eingetreten.

Die Hoffnung, die die russischen Bolschewisten offenbar hatten, nämlich daß es ihnen gelingen würde, sich der Gewerkschaftsbewegung zu bemächtigen und somit den IGB durch die Rote Gewerkschaftsinternationale zu verdrängen, diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Es ist im Gegenteil in den letzten zwei Jahren überall ein Zurückgehen des bolschewistischen Einflusses in den Gewerkschaften des europäischen Festlandes zu beobachten. Darauf kam nun der Vorschlag der russischen Gewerkschaften, eine Konferenz einzuberufen, um mit dem IGB über den Anschluß der russischen Gewerkschaften zu verhandeln.

Der IGB hat sich dazu bereit erklärt. Er hat nur verlangt, daß die russischen Gewerkschaften vorher die Erklärung abgeben, daß sie die Absicht haben, dem IGB beizutreten. Man kann wirklich nicht behaupten, daß diese Voraussetzung für eine Organisation, die sich einer anderen Organisation anschließen will, unerfüllbar ist. Aber selbst diese selbstverständliche Voraussetzung haben die russischen Gewerkschaften bisher zu erfüllen abgelehnt.

Dagegen haben die Bolschewisten in allen Ländern eine sogenannte „Einheitsfrontkampagne“ eröffnet, die in Wirklichkeit gegen den Internationalen Gewerkschaftsbund gerichtet war und zum Zwecke hatte, die Gewerkschaften der

verschiedenen Länder gegeneinander auszuspielen. Das ist ihnen allerdings nicht gelungen. Nur die englischen Gewerkschaften haben aus Gründen, auf die wir hier nicht näher eingehen wollen, es für ratsam gehalten, sich mit den russischen Gewerkschaften zu verbünden.

Wie der Beschluss des Generalkonvents zeigt, hatten die englischen Gewerkschaften dabei keineswegs die Absicht, etwa mit dem IGB zu brechen. Die englischen Gewerkschaften werden sich ein Verdienst um die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung erwerben, wenn sie nunmehr auf die russischen Gewerkschaften einwirken, damit diese die Voraussetzungen erfüllen, die genau so gut wie für alle anderen Länder auch für Rußland für einen Anschluß an den IGB gelten.

Niemand verlangt von den russischen Gewerkschaften, daß sie ihr Verhältnis zur kommunistischen Partei Rußlands irgendwie ändern. Aber es ist eine Unmöglichkeit, einer internationalen Gemeinschaft anzugehören und gleichzeitig einer anderen internationalen Gemeinschaft, die die erstere bekämpft. Wenn es den englischen Gewerkschaften gelingt, die russischen Gewerkschaften von dieser Selbstverständlichkeit zu überzeugen, wird auch das letzte Hindernis zur Herstellung der internationalen Einheitsfront aus dem Wege geräumt sein.

Protestversammlung der Bankbeamten.

Abbau, Hungergehälter, Nacht- und Sonntagsarbeit.

Tausende von Bankangestellten waren dem Rufe der Ortsgruppe Berlin des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten gefolgt, um in einer Kundgebung, die gestern im Lehrervereinshaus stattfand, gegen die dauernde Verschleppung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und gegen den weiteren Abbau von Bankangestellten zu protestieren.

Das einleitende Referat hatte Genosse Aufhäuser übernommen, der ein anschauliches Bild der Ursachen der heutigen Wirtschaftskrisis gab und auch Mittel anführte, um die Wirtschaftskrisis zu beheben oder vorläufig wenigstens zu mildern. Er stellte fest, daß die kapitalistische Wirtschaft sich als unfähig erwiesene habe, für den Bedarf der großen Massen zu sorgen. Wenn jetzt eine Konzentration und Kartellierung des Kapitals eintrete, so wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn derartige Zusammenballungen dazu benützt würden, um die Betriebe leistungsfähiger zu machen und billiger zu produzieren. Es müßte aber aufs schärfste dagegen Einspruch erhoben werden, daß die Kartellierung dazu benützt werde, um eine Preisdiktatur auszuüben.

Die Banken seien mit diesen Konzernen und mit den Kartellen aufs engste verschwägert und verflechtet und gäben nur denen Kredit, die ihnen nahestehen. Die Betriebseinschränkungen, die notwendig sind, müssen nach sozialen Gesichtspunkten erfolgen. Zu beurteilen sei es, daß die Rat von den Arbeitgebern dazu benützt werde, die Wirtschaft im ganzen zu schädigen durch eine soziale Reaktion schlimmster Art. Die Schiedssprüche werden sabotiert, die Tarife werden abgebaut, die älteren Angestellten auf die Straße gesetzt. Es wäre jetzt die richtige Zeit, um eine Regelung der Arbeitszeit vorzunehmen und um Arbeitsquellen aller Art zu erschließen. Außerdem wäre es notwendig, die Erwerbslosen in ausreichender Weise zu unterstützen. Der Kampf um die Erwerbslosenfürsorge hat erst begonnen, er muß weitergehen. Die Sozialdemokraten werden in kein Kabinett eintreten, das nicht die Frage der Arbeitszeit und der Erwerbslosenunterstützung im sozialen Sinne regeln wird.

An den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich ein Referat von Emonts über die besondere Lage der Angestellten in den Banken. Er wies darauf hin, daß die Geschäftsgewinne der Banken im ersten Halbjahr 1925 die Ergebnisse des ganzen Jahres 1924 erheblich überschritten haben. Durch den Abbau von 235 000 Angestellten sind auch die Handlungsunkosten beträchtlich gesunken. Unter diesen Umständen muß die gegenwärtige Bezahlung der Bankangestellten und die Fortsetzung des Personalabbaus bei verlängerter Arbeitszeit und sogar Sonntagsarbeit als geradezu skandalös und schamlos bezeichnet werden. Unabwägbar bleibt einzig und allein der zwei- bis dreifach überhöhte teure Leitungsapparat der Banken, innerhalb dessen einzelne

Personen Jahreseinkommen beziehen, die eine Million Goldmark weit übersteigen. Es wird verlangt, daß der Aufsichtsrat für das deutsche Bankgewerbe wieder hergestellt wird, daß unter Zahlung einer Uebergangshilfe die Ustimmogehaltszahlung wieder eingeführt, die Lehrlingszukunft sichergestellt und durch eine 20prozentige Erhöhung der Gehaltsbezüge wenigstens das Nominaleinkommen der Vorkriegszeit wieder erreicht wird.

Eine Resolution, die einstimmig angenommen wurde, unterstrich noch einmal die Forderungen der Bankangestellten.

Schiedsspruch für die Karosseriebranche.

Wegen des Konflikts in der Karosseriebranche fanden gestern nachmittag zwischen dem Tarifgewerkschaften und dem Arbeitgeberverband der Wagen- und Karosseriebranche vor dem Schlichtungsausschuß unter Vorsitz des Gewerberats Körner Verhandlungen statt. Die Arbeitervertreter betonten, daß der Konflikt hätte vermieden werden können, wenn sich die Unternehmer zu Verhandlungen über den Neuabschluss des am 3. Dezember abgelaufenen Lohnabkommens bereit erklärt und nicht kurzerhand das einseitige Lohnabbauakt und die Entlassungen verfügt hätten.

Die Unternehmer begründeten ihre Maßnahmen, wie üblich, mit der ungünstigen Geschäftslage in der Karosseriebranche, die sie durch den Abbau der Löhne beheben wollten. Sie erklärten weiter, wider besseres Wissen, daß die Arbeiter wohl ein „Verständnis“ für ihre Maßnahmen gezeigt hätten, die Gewerkschaften aber der treibende Keil der Bewegung gewesen wären.

Der Schlichtungsausschuß mißbilligte sehr deutlich das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer und stellte einen Schiedsspruch, nach dem das bisherige Lohnabkommen bis auf weiteres mit vierwöchiger Kündigungsfrist verlängert wird. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 23. Dezember. Die Funktionäre der Tarifgewerkschaft nahmen gestern abend im Rosenhäger Hof zu dem Schiedsspruch Stellung und beschloßen einstimmig seine Annahme, da durch den Schiedsspruch das Lohnabbauakt der Unternehmer abgelehnt wird.

Arbeitslosigkeit, Arbeitswille und Arbeitsunfähigkeit.

Mit vielen bürgerlichen Beurteilern räumt die Untersuchung des englischen Arbeitsministeriums auf, die die persönlichen Verhältnisse einer großen Zahl von Arbeitslosen in der Zeit vom 24. bis 29. November 1924 nachprüft und die Unabhängigkeit der Arbeitslosigkeit von aller persönlichen Schuld aufzeigt. Es wird unterschieden zwischen Arbeitslosen, die in normalen Zeiten ständig beschäftigt sein würden, zweitens solchen, die in normalen Zeiten keine angemessene Arbeit finden würden, drittens solchen, die in normalen Zeiten keine angemessene Arbeit finden, aber nicht in die Kategorie der Arbeitsunwilligen fallen, und viertens solchen, die den Arbeitsunwilligen nahekommen. Das Ergebnis ist, daß 62,7 Proz. der Männer und 77,3 Proz. der Frauen unter die erste Kategorie fallen, 86,1 resp. 90,2 Proz. unter Klasse 1 und 2 zusammengekommen, während die beiden anderen Klassen sehr geringe Prozentziffern aufweisen. Die sogenannten „Arbeitsunwilligen“ waren zumest frische und ältere Personen. Der Gesundheitszustand der Arbeitslosen war nur bei 3,6 resp. 2,1 Proz. schlecht, was beweist, daß es sich bei der großen Masse der Arbeitslosen nicht um eine Klasse arbeitsunfähiger Personen handelt. Auffallend ist der hohe Prozentsatz der jüngeren Arbeitslosen, besonders die Altersklasse zwischen 20 und 24, die in dieser Hinsicht ungünstig ab. Das Arbeitsministerium führt diesen Umstand darauf zurück, daß der Weltkrieg die Ausbildungsmöglichkeit in dieser Altersklasse wesentlich gestört hat. Man hat auch eine Untersuchung darüber angestellt, wie in den letzten zwei Jahren die Beschäftigung der Arbeitslosen gewesen ist. Die gewaltige Schär der Arbeitslosen ist nicht einem „stehenden Heer“ von Beschäftigungslosen gleichzusetzen. Es ist ein Zufließen und Abfließen in der Gesamtmasse der 14 Millionen umfassenden Arbeitslosen zu konstatieren und nur ein verhältnismäßig kleiner Kern mag aus solchen Personen bestehen, die seit Jahren ohne Beschäftigung sind.

Verantwortlich für Inhalt: Graf Reuter; Wirtschaft: Walter Soltermann; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Freiwirtschaft: A. D. Böhm; Politik: und Sonstiges: Fritz Korb; Anzeigen: H. Böhm; Familien in Berlin: Verlag: Norddeutscher-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 61, Lindenstraße 2.



Gabr. A.-G. Swinemünder Straße 86 Das große Warenhaus des Nordens

Donnerstag, Freitag, Sonnabend

Billige Weihnachtspreise für Lebensmittel

Frisches Fleisch

Pfund	Pfund
ff. Suppenfleisch . . . 60 Pf.	Hammelvorderrfleisch 65 Pf.
ff. Schmorfleisch . . . 95 Pf.	Hamme.rück. u. Keule 85 Pf.
Kalbsvorderrfleisch . . 70 Pf.	Gedacktes 70 Pf.
Kalbskeule u. Rücken 85 Pf.	Schabefleisch 90 Pf.

Schweinsköpfe	Schweinsköpfe
leicht gepökelt	frisch
Pfund 48 Pf.	Pfund 64 Pf.

Prima Ochsenfleisch	gefroren, zur Suppe, Pfund	55 Pf.
Schweinefleisch	mit Beilage . . . Pfund	1.10
Schweinekamm Pfund	1.25
Schweineschutt Pfund	1.25
Schweinelesen Pfund	1.25
Rückenfett	ohne Schwarze Pfund	1.25

Deutscher Weinbrand	Verschnitt	270
1/2 Flasche mit Steuer und Glas		

Wurstwaren

Pfund	Pfund
Delikatè-Sülze 48 Pf.	Rot-Leberwurst 70 Pf.
Fleischwurst . . . 1.20	Landleberwurst 1.20
Holst. Cervelatw. 1.60	Corned Beef . . . 70 Pf.
Schinkenspeck . . . 1.90	

Leberwurst	Wiesener	40 Pf.
1. Pfd. - Dosen		
Ehnapfel rot.	Pfd. 14 Pf.	
Tafeläpfel	per Pfd. 22 Pf.	
Mandarinen	Pfd. 50 Pf.	
Aimer-Traub	Pfd. 48 Pf.	
Amerik. Äpfel	Pfd. 52 Pf.	

Kolonialwaren

Pfund	Pfund
Weizenmehl . . . 18 Pf.	Ta Auszugmehl . 23 Pf.
Weizengrieß . . . 22 Pf.	Hartgrieß . . . 24 Pf.
Bohnen, weiß . . . 20 Pf.	Viktoria-Erbsen 22 Pf.
Birkpfeffer . . . 35 Pf.	

Masse gr. Rosinen	Pfund 65 Pf.
fr. Landbutter	1/2-Pfd. 88 Pf.

Fette und Käse

Pfund	Pfund
Tilsiter vollf. ss 75 Pf.	Edamer 90 Pf.
Romador-Senk 45 Pf.	Tafel-Margarine 68 Pf.
Talg unges. . . 65 Pf.	Tafelbutter Stck. 95 Pf.
Barzer 69 Pf.	

Konfitüren	Baumbeehne	Pfd. 1.00
Pfeferkuchen	. . . 2 Pakete	15 Pf.
Honigkuchen	. . . Paket 1 Pfd.	28 Pf.
Teegebäck Pfd.	1.20

Räucherwaren

Pfund	Pfund
Kleber Sprotten 48 Pf.	Fertigbückinge . 52 Pf.
Fundein 45 Pf.	Seeachs in Stock 48 Pf.
Goldbars 48 Pf.	Seelachs in Stock 35 Pf.
Fettbückinge Stck. 55 Pf.	

Weißkohl	Pfd. 6 Pf.
Rotkohl	Pfd. 8 Pf.
Wirsingkohl	Pfd. 10 Pf.
Kohlraben	Pfd. 4 Pf.
Mohrruben	Pfd. 5 Pf.

Bären-Stiefel

halbfester Qualitätsstiefel für Strasse und Sport nur bei H. Bähr, Spittlermarkt 7

Früh-Revüen, Knit-Bücher, Reichswehrstoffe 33 bis billige Bezugsquellen für Zeit-Druckerei, Maßschneiderei, jeder Art.

Photoapparate, Feldstecher kaufen sie gut und preiswert im Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98

Strauerpipenden jeder Art, meist preiswert, Paul Golletz, normale Arbeit, Mariannenstr. 3, am Bahnhof, 100 00

Gardinen! Sonderangebote und Gelegenheitskäufe in Künstler-Gardinen 2.90, Gardinen 4.-, Stores 2.20, Jalousien 3.75, Bettdecken 8.-, Spez.-Gardinenwerkst. Neukölln, Bergstr. 67, am Röhrenhof, kein Laden!

SCHWEIZER-MUSIKHAUS BERLIN

liefert Quali äsmusik diskret auf Teilzahl'n

Riesenslager in Musikplatten erster Marken / Eigene Reparatur-Werkstätten

Bestauspellen:

Drummschläger 25, Grünsauer, Probe 3, 1/2 in, 1/4 in, 1/8 in, 1/16 in, 1/32 in, 1/64 in, 1/128 in, 1/256 in, 1/512 in, 1/1024 in, 1/2048 in, 1/4096 in, 1/8192 in, 1/16384 in, 1/32768 in, 1/65536 in, 1/131072 in, 1/262144 in, 1/524288 in, 1/1048576 in, 1/2097152 in, 1/4194304 in, 1/8388608 in, 1/16777216 in, 1/33554432 in, 1/67108864 in, 1/134217728 in, 1/268435456 in, 1/536870912 in, 1/1073741824 in, 1/2147483648 in, 1/4294967296 in, 1/8589934592 in, 1/17179869184 in, 1/34359738368 in, 1/68719476736 in, 1/137438953472 in, 1/274877906944 in, 1/549755813888 in, 1/1099511627776 in, 1/2199023255552 in, 1/4398046511104 in, 1/8796093022208 in, 1/17592186044416 in, 1/35184372088832 in, 1/70368744177664 in, 1/140737488355328 in, 1/281474976710656 in, 1/562949953421312 in, 1/1125899906842624 in, 1/2251799813685248 in, 1/4503599627370496 in, 1/9007199254740992 in, 1/18014398509481984 in, 1/36028797018963968 in, 1/72057594037927936 in, 1/144115188075855872 in, 1/288230376151711744 in, 1/576460752303423488 in, 1/1152921504606846976 in, 1/2305843009213693952 in, 1/4611686018427387904 in, 1/9223372036854775808 in, 1/18446744073709551616 in, 1/36893488147419103232 in, 1/73786976294838206464 in, 1/147573952589676412928 in, 1/295147905179352825856 in, 1/590295810358705651712 in, 1/1180591620717411303424 in, 1/2361183241434822606848 in, 1/4722366482869645213696 in, 1/9444732965739290427392 in, 1/18889465931478580854784 in, 1/37778931862957161709568 in, 1/75557863725914323419136 in, 1/151115727451828646838272 in, 1/302231454903657293676544 in, 1/604462909807314587353088 in, 1/1208925819614629174706176 in, 1/2417851639229258349412352 in, 1/4835703278458516698824704 in, 1/9671406556917033397649408 in, 1/19342813113834066795298816 in, 1/38685626227668133590597632 in, 1/77371252455336267181195264 in, 1/154742504910672534362390528 in, 1/309485009821345068724781056 in, 1/618970019642690137449562112 in, 1/1237940039285380274899124224 in, 1/2475880078570760549798248448 in, 1/4951760157141521099596496896 in, 1/9903520314283042199192993792 in, 1/1980704062856608439838598784 in, 1/3961408125713216879677197568 in, 1/7922816251426433759354395136 in, 1/15845632502852867518708790272 in, 1/31691265005705735037417580544 in, 1/63382530011411470074835161088 in, 1/126765060022822940149670322176 in, 1/253530120045645880299340644352 in, 1/507060240091291760598681288704 in, 1/1014120480182583521197362577408 in, 1/2028240960365167042394725154816 in, 1/4056481920730334084789450309632 in, 1/8112963841460668169578900619264 in, 1/16225927682921336391157801238528 in, 1/32451855365842672782315602477056 in, 1/64903710731685345564631204954112 in, 1/129807421463370691129262409908224 in, 1/259614842926741382258524819816448 in, 1/519229685853482764517049639632896 in, 1/1038459371706965529034099273265728 in, 1/2076918743413931058068198546531552 in, 1/4153837486827862116136397093063104 in, 1/8307674973655724232272794186126208 in, 1/16615349947311448464545583772252416 in, 1/33230699894622896929091167544504832 in, 1/66461399789245793858182335089009664 in, 1/132922799578491587716364670178019328 in, 1/265845599156983175432729340356038656 in, 1/531691198313966350865458680712077312 in, 1/1063382396627932701730917361424154624 in, 1/2126764793255865403461834722848309248 in, 1/4253529586511730806923669445696618496 in, 1/8507059173023461613847338891393236992 in, 1/17014118346046923227694677782786473984 in, 1/34028236692093846455389355565572947968 in, 1/68056473384187692910778711131145895936 in, 1/13611294676837538582155742226229179072 in, 1/27222589353675077164311484452458358144 in, 1/54445178707350154328622968904916716288 in, 1/108890357414700308657245937809833432576 in, 1/217780714829400617314491875619666865152 in, 1/435561429658801234628983751239333730304 in, 1/871122859317602469257967502478667460608 in, 1/174224571823520493851593504497334921216 in, 1/348449143647040987703187008994669842432 in, 1/696898287294081975406374017989339684864 in, 1/139379657458816395081274803597867937728 in, 1/278759314917632790162549607195735875456 in, 1/557518629835265580325099214391471750912 in, 1/1115037259670531160650198428782943501824 in, 1/2230074519341062321300396857565887003648 in, 1/4460149038682124642600793715131774007296 in, 1/8920298077364249285201587430263548014592 in, 1/178405961547284985704031746605270960288 in, 1/356811923094569971408063493210541932576 in, 1/713623846189139942816126986421083865152 in, 1/1427247692378279885632253972842167730304 in, 1/2854495384756559771264507945684335460608 in, 1/5708990769513119542529015891368670921216 in, 1/11417981539026239085058031782737341842432 in, 1/22835963078052478170116063565474683684864 in, 1/4567192615610495634023212713094936736928 in, 1/9134385231220991268046425426189873473856 in, 1/18268770462441982536892850852379746947136 in, 1/36537540924883965073785701704759493895272 in, 1/73075081849767930147571403409518987790544 in, 1/14615016369953586039514280681903758151088 in, 1/29230032739907172079028561363807516302176 in, 1/58460065479814344158057122727615032604352 in, 1/116920130959628688316114245455230065208704 in, 1/233840261919257376632228490910460130417408 in, 1/467680523838514753264456981820920260834816 in, 1/935361047677029506528913963641840521669632 in, 1/18707220953540590130578279272837010433392 in, 1/37414441907081180261156558545674020866784 in, 1/74828883814162360522313117091348041333568 in, 1/149657767628324721044626234182696066667136 in, 1/299315535256649442089252468365392133334272 in, 1/598631070513298884178504936730784266668544 in, 1/11972621410265977